

Präsident
Jens Weber
Berg 18
9043 Trogen
079 960 35 65
jens.weber@ar.ch



Sozialdemokratische Partei
Kanton Appenzell Ausserrhoden

Trogen, im Mai 2021

SP AR BEGRÜSST EINE FORTSCHRITTLICHE UND ZEITGEMÄSSE KANTONSVERFASSUNG

Die SP AR befürwortet den vorliegenden Entwurf der revidierten Kantonsverfassung sehr. Besonders unterstützt sie das festgehaltene Verhältniswahlverfahren bei den Wahlen in den Kantonsrat, den eigens verfassten Klimaartikel und das Stimmrecht ab 16 Jahren. Diesbezüglich beantragt die SP AR, zusätzlich die Mitwirkungsrechte von Jugendlichen und Kindern in der Kantonsverfassung zu erwähnen. Ausserdem regt sie an, dass die Menschenrechte in relevanten Artikeln explizit erwähnt werden und schlägt vor, einen jeweils eigenen Medien- und Whistleblowing-Artikel zu verankern.

Die Sozialdemokratische Partei Ausserrhoden spricht sich für die revidierte Kantonsverfassung aus und steht der zeitgemässen Weiterentwicklung der Verfassung von 1995 positiv gegenüber. Besonders zustimmend äussert sie sich in Bezug auf das Verhältniswahlverfahren bei den Wahlen in den Kantonsrat mit der Einführung von mindestens drei Wahlkreisen. Ohne Einführung des Proporz laufe der Kanton Gefahr bei einer nächsten Stimmrechtsbeschwerde vor Gericht zu unterliegen.

Des Weiteren begrüsst die SP AR ausserordentlich, dass der Klimaschutz in der Verfassung verankert werden soll. Der Klimaschutz sei ein Gebot der Zeit und stelle eine relevante Fragestellung der zeitgenössischen Politik dar. Ausserdem misst die SP AR auch dem Stimmrechtalter 16 eine besondere Bedeutung bei. Sie möchte in der Kantonsverfassung jedoch zusätzlich die Mitwirkungsrechte von Jugendlichen und Kindern gemäss Kinderrechtskonvention erwähnt sehen.

Von weiterer Wichtigkeit ist für die SP AR, dass die Menschenrechte auch in der Kantonsverfassung verankert werden. Sie regt deshalb an, dass diese Grundlage als universelles Grundrecht in den erwähnten Artikeln auch explizit erwähnt wird.

Die Forderung nach einem jeweils eigenen Medien- und Whistleblowing-Artikel ist für die SP AR ebenfalls von besonderer Dringlichkeit. Ein Medienartikel wurde bereits 2019 in der Verfassungskommission beantragt und vom Plenum knapp verworfen. Gerade während der Pandemie hat sich gezeigt, wie verheerend sich Fehlinformationen und die Vermischung von wissenschaftlichen Erkenntnissen, Meinungen und politisch gefällten Entscheiden auswirken können. Medien haben in einer Demokratie eine sehr wichtige Aufgabe als Informationsplattform. Sie brauchen Schutz und Standards, damit sie verlässliche Grundlagen für die politische Meinungsbildung schaffen können. Der Schutz von Personen, die Gesetzeswidrigkeiten an die Öffentlichkeit weitergeben, weil ihnen ein anderer Weg nicht offensteht, sei in gleicher Weise dringend notwendig.